

Ein Ja mit Bedingungen

CHRISTOPH HEIM



Morgen wird der Baselbieter Landrat aller Wahrscheinlichkeit nach der 17-Millionen-Franken-Subvention für

das Theater Basel zustimmen. Damit können die Zentrumsleistungen im Bereich des Theaters zu einem guten Teil abgegolten werden. Und die Baselbieter Theatergemeinde wird mit einem deutlich besseren Gewissen ins Theater pilgern. Mit der Landratsabstimmung ist die Sache aber noch nicht besiegelt. Auch das Volk wird über die Vorlage abstimmen dürfen. Und da nur ein Bruchteil der Baselbieter das Theater besucht, stellt sich die Frage, ob eine Bevölkerung, die ihren Kulturbedarf aus einer Vielzahl von Quellen stillt, gerade für das Theater Basel so viel Geld locker machen will. Letztlich geht es also darum, ob die Baselbieter das Theater Basel als eine für die Region zentrale Institution betrachten.

Das Schauspiel verhält sich zur Oper wie der protestantische Gottesdienst zur katholischen Messe.

Georges Delnon, der Theaterdirektor, tut viel dafür, dem Theater Basel ein im Vergleich zu seinem Vorgänger weniger elitäres Image zu verpassen. Er liess seine Künstler zweimal im baselandschaftlichen Augusta Raurica aufspielen. Er inszeniert «Aida» als Fernsehoper auf dem Rhein. Er spornte seine Oper zu Höchstleistungen an, die dafür 2009 den Titel «Opernhaus des Jahres» erhielt. Aber reicht diese Imagekorrektur? Müsste das Basler Theater nicht wieder zur Bühne werden, die nicht nur ein traditionalistisches Publikum provoziert wie jüngst in der «Aida» von Calixto Bieito, sondern auch die wichtigen gesellschaftlichen Fragen der Bürger dieser Region verhandelt? Bedenkt man, dass sich das Schauspiel zur Oper verhält wie der protestantische Gottesdienst zur katholischen Messe, wirkt es befremdlich, dass im protestantischen Basel ausgerechnet das Schauspiel das Dasein eines Mauerblümchens fristen muss. Es geriet in den letzten Jahren jedenfalls trotz ein paar schönen Inszenierungen beinahe in Vergessenheit. Es gelingt ihm nicht, seine Besucherzahlen zu steigern. Es mischt sich, wenn überhaupt, nur flüsternd in die laufenden Debatten ein. Es wird seit Jahren mit keiner Inszenierung zum Stadtgespräch. Die Baselbieter müssen, wenn sie das ändern wollen, ihr Ja zu den Millionen mit der Forderung nach einem Theater verknüpfen, das mit seinen Inszenierungen wieder zum Gesprächsthema in der ganzen Region wird und somit Besucher in Scharen anzieht. christoph.heim@baz.ch

Der grosse Kampf ums Theater

Marc Joset (SP) und Karl Willimann (SVP) streiten über die Baselbieter Subventionen



Geteilte Meinungen. Marc Joset (SP, links) und Karl Willimann (SVP) bei ihrem Wortgefecht im Vorzimmer des Landratsaals. Foto Lucian Hunziker

INTERVIEW: CH. HEIM, M. ROCKENBACH

Morgen entscheidet der Landrat, ob das Theater Basel von 2011 bis 2015 zusätzliche 17 Millionen aus dem Baselbiet erhalten soll. Das wäre nur gerecht, sagt SP-Landrat Marc Joset. Ganz anderer Meinung ist Karl Willimann (SVP), der in Basel eher selten ins Theater geht.

BaZ: Herr Joset, wann waren denn Sie zuletzt im Theater?

MARC JOSET: Ich war an der Premiere von «Aida». Es war eine aufwühlende, emotional starke Aufführung. Das Basler Theater zeigte einmal mehr eine Top-Leistung.

Warum ziehen Sie dieser Art Regietheater nicht klassische, historisierende Inszenierungen vor?

JOSET: Am Theater liebe ich seine Vielseitigkeit, die Livesituation, seine Aktualität auch, die immer wieder neu geschaffen werden muss. Inszenierungen wie jene von Calixto Bieito fordern heraus, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Das gefällt mir.

Wann waren Sie letztmals im Theater, Herr Willimann?

KARL WILLIMANN: Ich gehe selten ins Basler Theater. Mein letzter Theaterbesuch war in Beinwil am See, wo ich den «Zigeunerbaron», eine Operette, sah.

Was muss das Theater bieten, damit es Ihnen gefällt?

WILLIMANN: Mir gefallen schöne Stimmen. Ausserdem schätze ich, während zwei Stunden weit weg vom Alltag zu sein, in einer Welt, die es nicht mehr gibt, in einem Märchen. Für mich ist Theater Unterhaltung.

Finden Sie es prinzipiell falsch, dass der Staat Kultur unterstützt?

WILLIMANN: Kultur, auch Spitzenkultur gehört in eine Gesellschaft, das ist ganz klar.

Was kritisieren Sie denn?

WILLIMANN: Es geht um die Verhältnismässigkeit. Basel leistet sich ein überdimensioniertes Angebot. Neben dem Dreispartenhaus gibt es diverse andere Theater. Dazu kommen mehrere Orchester, zudem hat es dreissig Museen. Für die Kultur gibt die Stadt 140 Millionen Franken aus, das macht 777 Franken pro Kopf, eine einmalig hohe Zahl im Schweizer Vergleich.

Ist das Angebot zu gross für Basel?

JOSET: Was Herrn Willimann stört, gefällt mir gerade an Basel. Auf relativ kleinem Raum besteht ein breites Angebot.

Aber sollten nicht einfach jene mehr zahlen, die das Angebot auch nutzen?

JOSET: Die Preise sind jetzt schon hoch. Für zwei gute Plätze im Theater zahlt man gut und gerne 120 bis 140 Franken. Für den Mittelstand, für jemanden, der regelmässig ins Theater geht, liegt da einfach nicht mehr drin. Darum muss der Staat das Theater unterstützen – als Leuchtturm für die gesamte Kultur in dieser Stadt.

Ist das Theater wirklich ein Leuchtturm?

WILLIMANN: Ja, das Theater ist ein Leuchtturm. Keine Frage. Aber es wird zu hoch subventioniert. Ich mache folgende Rechnung: Untersuchungen zeigen, dass etwa drei Prozent der Bevölkerung regelmässig das Theater besuchen. Ist es nun gerecht, dass 97 Prozent der Bevölkerung den Theaterbesuch einer meist recht gut



«Der Staat muss das Theater unterstützen – als Leuchtturm für die Kultur der ganzen Stadt.» Marc Joset

situierten Minderheit zahlen? Ist es in Ordnung, dass jedes Eintrittsbillet zu 75 Prozent subventioniert wird? Die SVP meint Nein. Jene, die diese Spitzenkultur wollen und nutzen, sollen für das Bilet mehr bezahlen.

Wie hoch sollen denn die Theaterpreise sein?

WILLIMANN: Entscheidend ist, dass das Theater die Kosten verringert. Wieso kann man denn nicht Produktionen einkaufen? Wieso kann man nicht das Ballett der freien Szene überlassen?

JOSET: Das Theater wird nicht nur von drei Prozent der Bevölkerung ge-

nutzt. Wenn man das gesamte, sehr breite Programmangebot mit Workshops, Spezialvorstellungen im Foyer und so weiter mitberücksichtigt, sind es zwanzig bis dreissig Prozent der Bevölkerung, die mit dem Theater zu tun haben.

Was sagen Sie zum Vorwurf des Elitären?

JOSET: In der «Aida»-Premiere habe ich mich umgeschaut und mir überlegt, wer denn da elitär sei. Ich habe Secondos gesehen, die gerne italienische Opern anschauen, ich habe Junge und Ältere gesehen. Die «Elitären» waren an dieser Premiere sicher in der Minderheit.

Und die Eintritte – sind diese nicht zu stark subventioniert?

JOSET: Es ist normal, dass von staatlichen Leistungen nicht alle profitieren. Die Universität wird vom Kanton Baselland zur Hälfte finanziert, obwohl nicht alle an die Uni gehen. Auch in verschiedenen Bereichen stellt der Staat Angebote zur Verfügung, die nur von einer begrenzten Anzahl Interessierter genutzt wird. Das ist nun mal so.

Könnte man im Theater nicht einfach eine Sparte streichen?

JOSET: Ich möchte die Sparten nicht gegeneinander ausspielen. Das Dreispartenhaus hat sich bewährt.

Genügt Ihnen die Auslastung von 50 bis 60 Prozent?

JOSET: Das Theater ist am Aufholen. Die Publikumszahlen steigen. Diese dürfen aber nicht das einzige Kriterium des Theatererfolgs sein.

Warum nicht? Es gibt ja sehr gute Stücke, die auch sehr populär sind.

JOSET: Wenn ein Theater mit dem Fernsehen oder einem Fussballmatch

konkurrieren muss, wird es einfach schwierig.

WILLIMANN: Die Theatervorlage lässt sich schwer mit dem Universitätsvertrag vergleichen. In der breiten Bevölkerung hat die Uni einen viel grösseren Stellenwert als das Theater.

JOSET: Kultur ist ein existenzielles Bedürfnis – wie Bildung. In der Stadt Osijek im serbisch-kroatischen Grenzland, die ich besuchen konnte, wurde im Balkankrieg gezielt das Theater bombardiert. Man trifft mit dem Theater den Nerv einer Gesellschaft. Das Erste, was man dann wieder aufgebaut hat, war das Theater. Den Leuten war das Theater wichtiger als der Aufbau ihrer eigenen Häuser!

WILLIMANN: Kultur hat nicht in jeder Gesellschaft die gleiche Bedeutung. Als ich in Moskau war, staunte ich darüber, wie wichtig diesen Menschen Theater, Konzerte, Dichterlesungen und Museen sind. Diese Kulturbeflis-senheit in der breiten Bevölkerung ist erstaunlich und gänzlich unvergleichbar mit der Schweiz.

Mangelt es den Schweizern an kulturellem Interesse?

WILLIMANN: Ja. Ich mache mir auch selber den Vorwurf, dass ich das Kulturangebot nicht besser nutze.

Folgt aus diesen Überlegungen nicht, dass die Kulturinstitutionen möglichst gut finanziert werden sollten?

WILLIMANN: Doch. Aber es muss verhältnismässig sein. Und noch dies: Die Theaterabstimmung kommt in einer Zeit, in der der Kanton Defizite von hundert Millionen schreibt. Man kann in dieser Situation nicht mehr Dutzende Millionen zusätzlich ausgeben.

JOSET: Von welchen Ausgaben reden Sie denn? Fürs Theater werden

Im Landrat ist Joset in der Mehrheit

VORDENKER. Der 68-jährige Karl Willimann (SVP) und der 63-jährige Marc Joset (SP) sind herausragende Politiker, in ihren Parteien wie im Landrat. Der Füllinsdorfer Willimann präsidiert die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, der Binniger Joset die Finanzkommission. Im BaZ-Streitgespräch äussern sie sich aber nicht als Kommissionspräsidenten, sondern als Parteipolitiker – auf diese Feststellung legen sie Wert. Im Landrat wird aller Voraussicht nach Joset zu den Gewinnern gehören, wenn über die zusätzlichen

Beiträge des Baselbiets an das Theater Basel entschieden wird. Nach den Vorstellungen der Regierung soll das Theater in den vier Spielzeiten von 2011/2012 bis 2014/2015 17 Millionen Franken mehr erhalten. Daneben zahlt der Landkanton in dieser Zeitspanne 16 Millionen ans Theater über die Kulturvertragspauschale. SP, Grüne und CVP unterstützen diese Erhöhung der Beiträge, die FDP ist gespalten und nur die SVP klar dagegen. Für den Fall einer Niederlage hat die SVP bereits ein Referendum angekündigt. rock

nächstes Jahr drei Millionen mehr ausgegeben – und das bei einem Kantonsbudget von rund drei Milliarden Franken. Das sollte möglich sein.

Offenbar muss in allen Bereichen gespart werden, auch in der Bildung, wie bereits bekannt geworden ist.

WILLIMANN: Ja, die Universität und die Fachhochschule sind gewaltige Ausgabenposten, die wir uns eigentlich gar nicht mehr leisten können. Die Folge sind Defizite von 100 Millionen Franken in den nächsten Jahren. Es drohen Steuererhöhungen, und trotzdem werden immer neue Begehrlichkeiten wie die Theatergelder angemeldet. Die ganze Rechnung geht nicht mehr auf.

Ist es nicht auch eine Frage der Gerechtigkeit? Rund die Hälfte der Theaterbesucher kommt aus dem Baselbiet, also übernimmt Ihr Kanton auch einen anständigen Anteil der Kosten?

WILLIMANN: Grundsätzlich schon. Das Problem ist aber, dass wir Baselbieter nie gefragt werden, welche Leistungen erbracht werden sollen und welche zu teuer sind. Wir können immer nur zahlen. Man könnte den Spieß ja auch mal umdrehen und von den Baslern Beiträge verlangen – an den Unterhalt des Wanderwegnetzes zum Beispiel. Doch das ist seltsamerweise nie ein Thema. Auch als sich die Stadt an der Erneuerung der Wasserfallbahn beteiligen sollte, sagte die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog, nicht alles müsse partnerschaftlich geregelt werden.



«Das Baselbiet soll immer zahlen, wird aber nie gefragt, ob es das Angebot auch braucht.» Karl Willimann

JOSET: Gezahlt hat Basel dann aber trotzdem. Dabei ist es eigentlich unbestritten, dass ein Zentrum sehr viel mehr Leistungen erbringt als das Umland. Darum ist es in Zürich, Bern, St. Gallen und wo auch immer normal, dass die wichtigen Institutionen von einer ganzen Region unterstützt werden. Anders sind diese Angebote kaum zu finanzieren. Darum ist es richtig, dass sich das Baselbiet nun auch fürs Theater stärker engagiert. Auf eine gemeinsame Uni-Trägerschaft haben wir uns ja bereits geeinigt und auch am Ausbau des St.-Jakob-Parks waren wir beteiligt.

WILLIMANN: Der Beitrag an den Stadionausbau war ein Sündenfall.

JOSET: All diese Diskussionen könnten wir uns ersparen, wenn es keine Kantonsgrenze gäbe.

WILLIMANN: Die Grenzen gibt es nun mal, aus historischen Gründen. Da kann ich auch nichts dafür, ich muss aber feststellen, dass wir Baselbieter immer mehr zahlen und trotzdem immer nur die Nummer zwei auf dem Rücken tragen. Wir sind entgegen den Versprechungen noch immer kein Unikanton und auch von unseren Rheinhäfen profitieren wir seit der Fusion sehr viel weniger. Aber das ist den Befürwortern der Wiedervereinigung natürlich egal.

JOSET: Das ist jetzt wieder dieser Minderwertigkeitsreflex, der doch gar nicht nötig wäre. Denn hinter all den beargwöhnten Institutionen

stehen ja auch sehr viele Menschen aus dem Baselbiet, nicht nur in der Belegschaft. Wir haben auch in der Theatergenossenschaft eine wichtige Stimme und Verwaltungsratspräsident Martin Batzer ist ein Binninger.

WILLIMANN: Gut, dass du ihn ansprichst. Er könnte ja dafür sorgen, dass das Theater mehr Sponsoringgelder erhält, gerade aus seinem Arbeitsbereich, der Pharma.

JOSET: Da sind wir gleicher Meinung.

Sie, Herr Joset, haben Städte wie Zürich und Bern als Vorbilder dargestellt. Dort unterstützen die Vorortsgemeinden das Theater wesentlich mehr als in unserer Region. Müssten demnach auch die Unterbaselbieter Gemeinden viel mehr zahlen?

JOSET: Immerhin geht der grösste Teil der Kulturbeiträge aus den Gemeinden an die Zentrumsleistungen ans Theater Basel. Das zeigt, dass auch die Gemeinden das Theater für wichtig halten.

WILLIMANN: Zu definieren, welche Gemeinde wie stark vom Theater profitiert, dürfte tatsächlich schwierig sein. Und noch viel schwieriger wäre es wohl, sie zu den entsprechenden Zahlungen zu zwingen.

Diesen Donnerstag entscheidet der Landrat über die Theatergelder – mit welchem Ergebnis?

WILLIMANN: SP, Grüne und CVP werden sich für die Subventionen aussprechen, die FDP ist gespalten, die SVP dagegen. Das ergibt eine Zweidrittelmehrheit. Danach kommt es aber zur Volksabstimmung.

Wie diese enden wird, können Sie uns sicher auch schon sagen.

JOSET: Stellen Sie uns diese Frage doch bitte nach dem 26. September und der Harmos-Abstimmung. Dann wissen wir, ob die offenen und liberalen Kräfte im Baselbiet in der Mehrheit sind oder die Neinsager.

WILLIMANN: Ich bezweifle, dass sich die Harmos-Abstimmung mit der Theatervorlage vergleichen lässt. Der Richtwert ist eher die Abstimmung vom September 2004 über zusätzliche Gelder für die Sinfonietta Basel mit einem Nein-Stimmen-Anteil von über 60 Prozent.

Und falls Sie sich irren und das Volk Ja sagt? Wird dann ein Theater beider Basel wieder zum Thema?

WILLIMANN: Aber natürlich, es funktioniert ja immer alles nach der bewährten Salamitaktik!

JOSET: Moment, Moment. Ein gemeinsames Theater war vielleicht 2007 in der Euphorie über den damals beschlossenen Uni-Staatsvertrag ein Thema, auch für mich. Das ist passé. Heute geht es um moderate Beitragserhöhungen, die frühere Subventionskürzungen kompensieren und ein gutes Angebot garantieren. Zudem geht es um eine alte Verpflichtung unserer bürgerlichen Regierung: dass sich das Baselbiet angemessen an den Zentrumsleistungen beteiligt.

Herr Willimann, geht das Ihrer Meinung nach zulasten der Baselbieter Kultur?

WILLIMANN: Absolut. Schauen wir uns den Dreispitz an. Einer der vielen interessanten Pläne für das Gebiet ist es ja, das Kunsthaus Baselland dorthin zu verlegen. Das könnte sich unser Kanton höchstens leisten, wenn wir für ein paar Jahre mal keine Kulturmillionen mehr an die Stadt abliefern würden. Aber das will natürlich niemand von den Verantwortlichen in der Kulturdirektion.

Bräuchte das Baselbiet denn mehr eigene Institutionen – ein Theater, ein Kunstmuseum und ein historisches Museum, um sich eine eindeutige Identität zu schaffen?

WILLIMANN: Das ist eine hochinteressante und hochpolitische Frage. Eine Realisierung würde aber nur schon an den finanziellen Voraussetzungen scheitern.

JOSET: Wir brauchen keine neuen Institutionen, müssen aber die vorhandenen sicherstellen. Und zu ihnen gehört das Theater Basel.



Erst ein Bauprofil. Dem Minarett in Langenthal steht wohl noch ein langer Weg durch die Gerichte bevor. Foto Keystone

Der Kanton Bern sagt Ja zum Bau eines Minaretts in Langenthal

Die Schweiz könnte trotz Verbot einen fünften Gebetsturm erhalten

CLAUDIA BLANGETTI

Das Minarett in Langenthal darf gebaut werden, sagt der Kanton Bern. Ein Entscheid, der bis vor Bundesgericht und sogar den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg weitergezogen werden könnte – und somit wieder die Frage in den Mittelpunkt rückt, ob das Minarett-Verbot gegen Menschenrecht verstösst.

Am Anfang stand ein rein ästhetischer Entscheid und ein ökonomischer: Die Pläne des Umbaus des islamischen Kultus- und Begegnungszentrums in Langenthal sahen eine grosse Glaskuppel vor. Das war die billigste Variante, damit der Bau genügend Licht erhält. Als Gegenpunkt dazu stellte der Architekt ein Minarett daneben. Das war der Stein des Anstosses. Die Stadt bewilligte das Baugesuch, das 2006 eingereicht wurde, zweimal. Zweimal wurde Beschwerde dagegen erhoben. Als das Schweizer Stimmvolk im November 2009 ein Minarettverbot zustimmte, war die Hoffnung bei den Gegnern des Minaretts gross, dass die hängige Beschwerde gutgeheissen würde. Denn die Pläne der islamischen Glaubensgemeinschaft Langenthal waren im Abstimmungskampf heftig diskutiert worden.

Gestern nun ist der lang erwartete Entscheid des Kantons Bern gefallen: Er hat die Baubewilligung für das geplante Minarett sowie für die Dachkuppel bestätigt. Die Begründung: Die Stadt Langenthal habe das Projekt bereits am 30. Juni 2009, also mehrere Monate vor dem Ja zur Minarett-Initiative, bewilligt. Ausserdem entsprächen das Minarett und die Kuppel den Bauvorschriften. Nicht so die Erweiterung und Erneuerung des Zentrums: Hier hat der Kanton Bern die Beschwerden der Nachbarn gutgeheissen. Bemängelt werden die Ausnutzungsziffer, die deutlich überschritten werde, die zu geringe Zahl der Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Velos sowie die Tatsache, dass der Zugang zu den Publikumsräumen nicht rollstuhlgängig ist. Schliesslich sei die Verkehrssicherheit nicht gewährleistet, begründet der Kanton den abschlägigen Entscheid.

SCHWIERIGE FRAGE. Mutalip Karaademi, der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Langenthal, zeigte sich gestern gegenüber der BaZ hoch erfreut: «Es ist eine schöne Nachricht an einem schönen Tag und ein Sieg des Rechtsstaats.» Der Anwalt der Glaubensgemeinschaft, Daniel Kettiger, sprach von einem «Sieg für die Religionsfreiheit». Allerdings stelle die

Tatsache, dass zwei verschiedene Entscheide vorlägen, die islamische Gemeinschaft Langenthal vor eine schwierige Frage. Denn: «Wir können nur noch den Entscheid in Sachen Ausbau und Umbau anfechten», erklärt Kettiger der BaZ. «Die Beschwerdeführer können aber die Baubewilligung für das Minarett beim Verwaltungsgericht Bern anfechten.» Dafür haben die Gegner 30 Tage Zeit.

Und sie wollen dies mit grosser Wahrscheinlichkeit tun. «Unser Ziel ist und bleibt, dass es in Langenthal kein Minarett gibt», sagte Daniel Zingg vom Langenthaler Aktionskomitee «Stopp Minarett» (Langenthal) und Mitglied des Schweizer Initiativkomitees «Gegen den Bau von Minaretten» gestern gegenüber der BaZ. Das heisst auch, dass das Komitee bis vors Bundesgericht gehen würde.

BIS NACH STRASSBURG. Sollten die Bundesrichter den Gegnern des Minaretts in Langenthal recht geben, so würde dies wohl den Weiterzug des Falls bis an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bedeuten. Denn Mutalip Karaademi, der Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft, hatte bereits nach dem Ja zur Minarett-Initiative gesagt, dass er den Entscheid zum Bau des Minaretts bis Strassburg weiterziehen würde. «Dies wäre ein Paradefall für Strassburg», sagt auch Anwalt Kettiger. Und gegen das Minarett-Verbot.

Tatsächlich behandelt der EGMR zwei Beschwerden gegen das Verbot, doch werden die Chancen auf Erfolg als gering eingeschätzt. Vor Wochenfrist hat das Bundesamt für Justiz in einer von Strassburg eingeforderten Stellungnahme festgehalten, dass die

Beschwerdeführer keine betroffenen Opfer seien, dass es sich um keinen konkreten Anwendungsfall handle und zudem die innerstaatlichen Rechtsmittel (also der Gang bis vors Bundesgericht) nicht ausgeschöpft worden seien. Dies könnte der vorliegende Fall nun erfüllen, falls der Streit um das Minarett in Langenthal bis Lausanne weitergezogen würde und dort zuletzt doch noch ein Nein zum Bau resultieren würde.

Die islamische Glaubensgemeinschaft Langenthal muss sich nun entscheiden: Falls der Bau des Minaretts nicht angefochten wird, kann er es auf den bestehenden Bau errichten und auf den grösseren Umbau verzichten. Oder er kann nur das Baugesuch für den Um- und Ausbau neu einreichen und hoffen, dass die Gegner nicht erneut einsprechen. «Das wird sicher schwierig», ist Anwalt Kettiger überzeugt. Oder er kann das ganze Gesuch ruhen lassen. Schliesslich könnte man von null starten und ein neues Gesuch für ein Zentrum an einem anderen Ort erstellen, wie Kettiger sagt. Dann allerdings würde die Bewilligung für ein Minarett verfallen und der Entscheid für ein neues Minarett nun unter dem Gesichtspunkt des Minarett-Verbots fallen.

EINE FRAGE DES GELDES. Beide Parteien wollen den 38-seitigen Entscheid des Kantons Bern nun studieren und den Weiterzug prüfen. Laut Daniel Kettiger muss dabei auch das finanzielle Risiko abgeklärt werden. Denn: Ob die islamische Gemeinschaft Langenthal mit ihrer laut Kettiger eher bescheidenen Vereinskasse den Weg bis nach Strassburg geht, ist letztlich eine Frage des Geldes.

Nur vier Minarette

LEUCHTTURM. Als vor fast 50 Jahren in Zürich die erste Moschee der Schweiz inklusive Minarett gebaut wurde, löste das noch kaum Kritik aus. In den folgenden Jahren entstanden hierzulande nur drei weitere Minarette. Jenes der Mahmud-Moschee in Zürich misst 18 Meter, jenes der Genfer Moschee in Petit-Saconnex 22 Meter, eines in Wangen bei Olten 6 Meter (Bild) und jenes in Winterthur 4 Meter. Ein Minarett (vom türkischen «minare», ein Lehnwort aus dem Arabischen, «manāra», Leuchtturm) ist ein erhöhter Standplatz oder Turm für den Gebetsrufer bei oder an einer Moschee. cbl

